

Wutiger Richter

E.E. Nicht die Freisprüche für alle elf Angeklagten im dritten und letzten Verfahren des Mainzer Kinderschänder-Prozesses überraschen sie, wurden erwartet, nachdem auch in den anderen beiden Verfahren die Anklage komplett Schiffbruch erlitten hatte. Aufmerksamkeit erregt, wie radikal der Vorsitzende Richter Lorenz das Versagen der Ermittler und Staatsanwälte in diesem Mammutprozeß geißelt, der mit den Freisprüchen keineswegs in ein Happy-End mündet. Familien sind zerstört, berufliche Existenzen vernichtet, Kinder vielleicht für ihr Leben geschädigt. Lorenz beschreibt in seiner Urteilsbegründung einen Amoklauf der Staatsanwaltschaft. Nach den Tatsachen, die ermittelt worden sind, hätte es nie zu einer Anklage kommen dürfen. Der Aberwitz ihrer Beweisführung liegt in erschütternder Weise zutage. Können sich nüchterne Juristen so in ein Wahngelände verstricken? Auf welchem Boden wächst solche gnadenlose und tatsachenblinde Rechthaberei, die nichts mehr zu tun hat mit der Rolle des Staatsanwaltes nach deutschem Recht?

Es entlastet die Staatsanwaltschaft nicht, daß ihre Theorie auf den „Ermitt-

lungen“ einer Mitarbeiterin der Kinderschutzorganisation „Wildwasser“ und eines Kinderarztes beruht. Im Gegenteil: Man fragt sich jetzt, wie es dazu kommen konnte, daß Leute einen lange Zeit bestimmenden Einfluß auf das Verfahren gewinnen konnten, die man wohl jenen Kreisen zuordnen muß für die einmal die treffende Bezeichnung „fanatisierte Helferszene“ gefunden worden ist. Zumindest die Kinderschützerin hat das Gutgemeinte auch mit einer gewissen kriminellen Energie betrieben. Ihr ging es nicht um die Wahrheit, sondern um ein großes sexualpolitisches Exempel: die Familie einschließlich der Großmutter als Kinderschänderbande, und das gleich als Massenphänomen. Dafür hat sie, so stellt das Gericht fest, auch gelogen.

In den wenigsten Fällen enden Strafverfahren wegen sexuellen Kindesmißbrauchs mit so eindeutigen Urteilen wie den Mainzer Freisprüchen. Selten wird der Zweifel in die Gewißheit führen, daß der Mißbrauch nie stattgefunden habe, oder in die zweifelsfreie Überzeugung von der Schuld des Angeklagten. Eine „Parteilichkeit“ bei den Ermittlungen zugunsten der Kinder ist darauf die falsche Antwort. Der Mainzer Prozeß hat das in schrecklicher Weise gezeigt.

Fr 2, 18.6.97